

Friedensverhandlungen jetzt!

Ein Kommentar zu den aktuellen Debatten

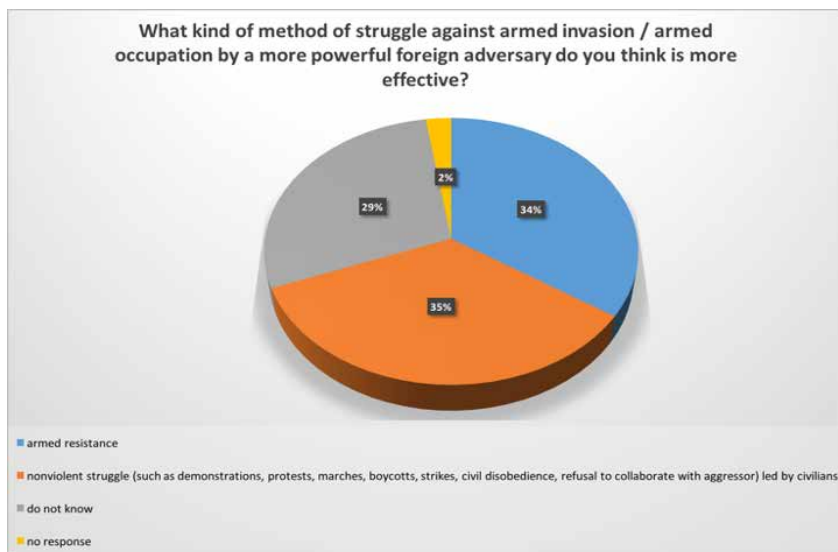
Seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine ist die Pazifismus-Schelte im vollen Gange. Manche Argumente werden in den Medien beinahe genüsslich immer wieder aufgeführt. Wenn der Ukraine nicht durch Waffenlieferungen „geholfen“ werde, dann würde man sich der Mithilfe an einem Angriffskrieg schuldig machen, die Ukraine nehme ja nur das Recht auf Selbstverteidigung war, es gebe sie sonst schon nicht mehr, es gelte, Völkermord zu verhindern, und „die Russen“ würden dann morgen Moldawien und das Baltikum „schlucken“ und übermorgen vielleicht in Polen stehen.¹ Auch manche Aktivist*innen aus der Friedensbewegung mögen sich diesen Argumenten nicht verschließen. Die Positionierung zu den Waffenlieferungen ist zum Streitpunkt in vielen Organisationen geworden.

Diejenigen, die wie wir im Bund für Soziale Verteidigung uns für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und zivilen Widerstand einsetzen, müssen darauf hinweisen, dass es eine Alternative zu gewaltsamem Widerstand gegen den Angriff Russlands gegeben hätte. 2015 hatte laut Maciej Bartkowski vom International Center for Nonviolent Conflict eine Meinungsumfrage des Kiev International Institute of Sociology noch ergeben, dass 29 % im Falle eines Angriffs von außen Soziale Verteidigung gegenüber militärischem Widerstand vorzogen und 26 % im Falle einer Besatzung.²

Die ukrainische Regierung hat sich – offenbar mit Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung – anders, nämlich für die bewaffnete Verteidigung entschieden. Das müssen wir hinnehmen, aber folgt daraus eine grenzenlose Solidarität? Folgt daraus auch, dass alle Friedenspläne, wie anfang des Jahres der chinesische, sofort von westlicher Seite vom Tisch gefegt werden? Warum wird unwidersprochen einfach behauptet, dass Russland nicht verhandeln wolle?³ Wahr ist, dass Russland Vorbedingungen formuliert, die für die Ukraine unannehmbar sind. Aber genauso formuliert die Ukraine für Russland scheinbar unannehmbare Vorbedingungen. Das ist nicht unüblich vor Friedensverhandlungen und erfahrene Vermittler*innen wissen, dass solche Vorbedingungen nicht das letzte Wort sein müssen.

1 z.B.: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7.5.23, Oliver Georgi, „Frieden um jeden Preis“ betitelt
2 https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/
3 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-russland-ukraine-krieg-waffenstillstand-friedensplan-103.html>; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-militaer-kurs-verhandlungen-ukraine-krieg-russland-100.html>

Infografik:
Maciej Bartkowski 2021,
Grafik der Umfrage von
2015 (Quelle s. Text)



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin beim BSV und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK).

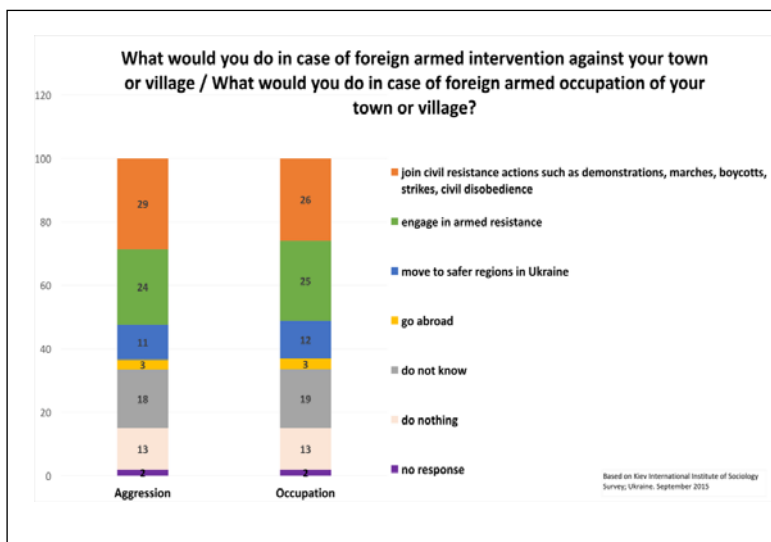


Foto links:
In einem Wäldchen
in Hannover.
© Christine Schweitzer

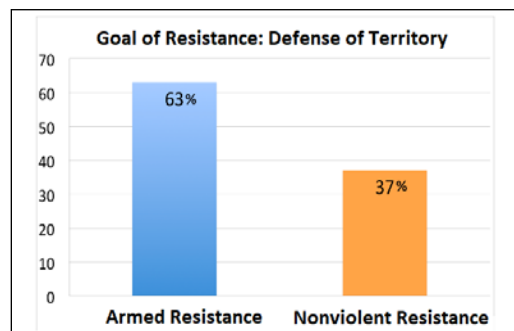
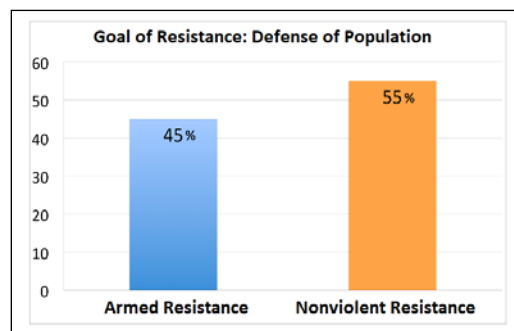
Foto rechts:
Aktionstag zum Schutz
der Kriegsdienstverweigerung
in Berlin am 15. Mai.
© Hendrik Haßel

Und folgt daraus, dass fast unwidersprochen aus „Verteidigung“ jetzt „Rückeroberung“ und „Sieg“ gegen Russland geworden sind? Und westliche Politiker*innen wie auch unsere Außenministerin davon sprechen, dass wir in einem „Krieg gegen Russland“ sind? ⁴

Wir brauchen eine Wende – und zwar eine friedenslogische. Jetzt sind aus der Lieferung von Abwehrraketen schon moderne Panzer, Raketen und Kampfflugzeuge geworden. Eigentlich fehlen jetzt nur noch die Bodentruppen aus NATO-Ländern, damit es zu einem neuen Großen Krieg kommt. Noch scheint es, dass keine der beiden Seiten auf dem Gefechtsfeld wirkliche Fortschritte erzielt. Vielleicht ist das eine Chance: Durch die Waffenlieferungen hat der Westen die ukrainische Regierung von sich abhängig gemacht. Diese Macht gilt es gegenüber Kiew einzusetzen. Und gleichzeitig sich mit China und Ländern des globalen Südens darüber zu verständigen, dass sie Russland unter Druck setzen, an den Verhandlungstisch zu kommen.



Infografiken: Maciej Bartkowski 2021,
Grafik der Umfrage von 2015 (Quelle s. Text)



⁴ Baerbock: „Ja, wir müssen mehr tun, denn wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“ (24.1.23 beim Europäischen Rat, z.B. hier: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/annalena-baerbock-kriegserklaerung-ukraine-krieg-russland-100.html>)